

Kinderrechte aus Kinder- und Jugendsicht

Kinderrechte-Studie Schweiz
und Liechtenstein 2021

Bettina Brüscheiler, Gianluca Cavelti,
Mandy Falkenreck, Sybille Gloor, Nicole Hinder,
Tobias Kindler, Désirée Zaugg

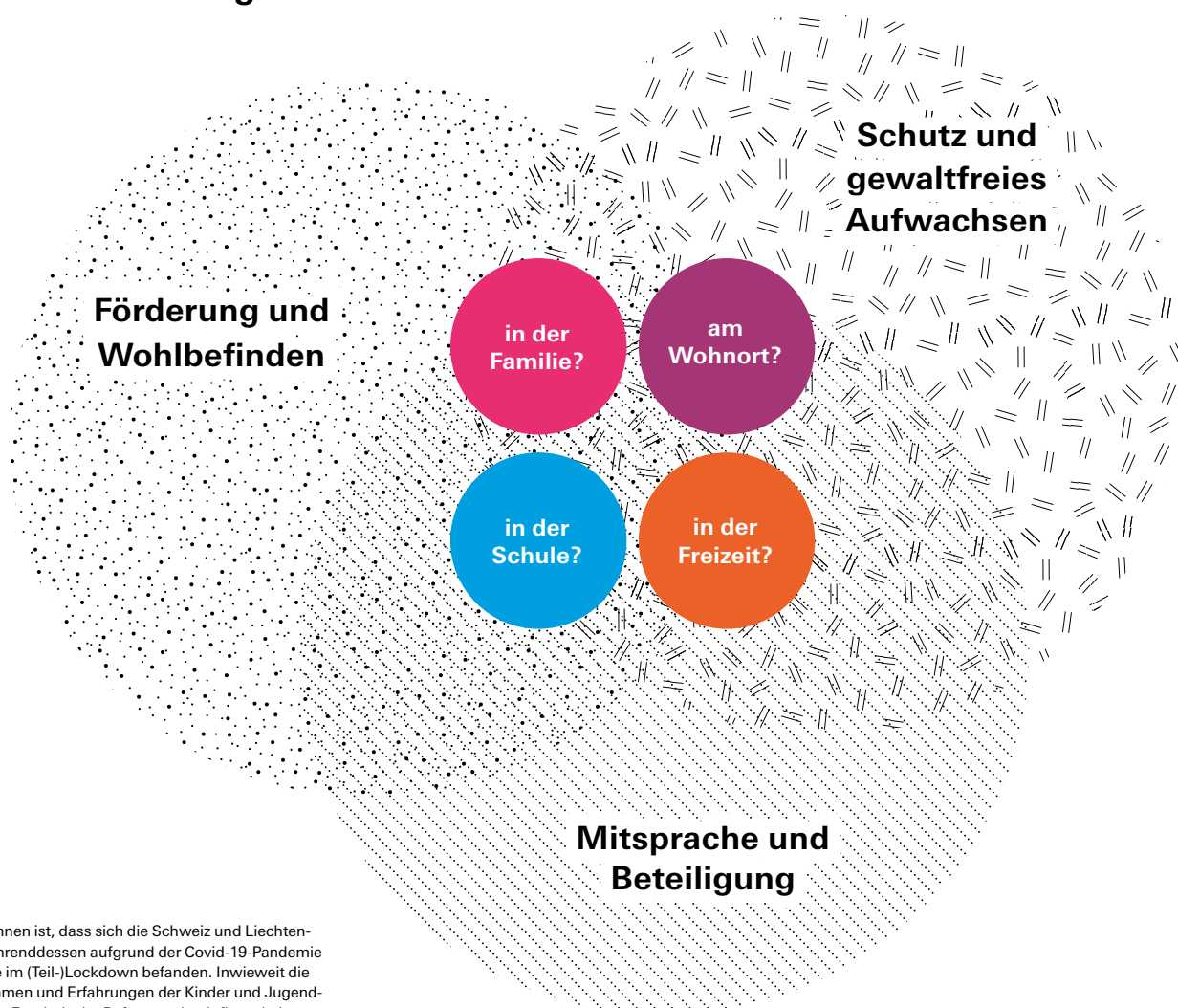


UNICEF Schweiz und Liechtenstein und das Institut für Soziale Arbeit und Räume (IFSAR) des Departements der Sozialen Arbeit der OST – Ostschweizer Fachhochschule haben gemeinsam von November 2019 bis Juni 2020 Kinder und Jugendliche im Alter von neun bis siebzehn Jahren zur Teilnahme an einer Online-Umfrage eingeladen.* Ziel der Umfrage war es, aus der Perspektive von Kindern und Jugendlichen zu erfahren, wie es um die Umsetzung der Kinderrechte in der Schweiz und Liechtenstein steht. An der Umfrage nahmen insgesamt 1715 Kinder und Jugendliche – 1428 aus allen Sprachregionen der Schweiz und 287 aus Liechtenstein – teil. Die Studie thematisiert entlang der Förder-, Schutz- und Beteiligungsrechte eine zentrale Bandbreite an Rechten innerhalb der Lebensbereiche Familie, Schule, Freizeit und Wohnort. Durch diese vielfältigen The-

menfelder der Kinderrechte-Studie gelingt es, ein umfassendes Bild über die Lebensbedingungen der Kinder und Jugendlichen aus ihrer eigenen Perspektive zu erhalten. Zudem konnte umfassend erfragt werden, welche Veränderungen ihrer Einschätzung nach nötig sind, um die Umsetzung der Kinderrechte sowohl in den einzelnen Lebensbereichen als auch gesamtheitlich zu verbessern. Die Studie weist in allen Bereichen auf Herausforderungen und Lücken in der Umsetzung der Kinderrechtskonvention in der Schweiz und Liechtenstein hin. Die Studie zeigt ausserdem, dass auf die Situation armutsbetroffener Kinder und Jugendlicher ein besonderer Fokus gelegt werden muss, damit auch sie ihre Rechte wahrnehmen können.

Daraus ergibt sich folgende leitende Fragestellung für die Studie:

Wie steht es aus der Sicht von Kindern und Jugendlichen um die Umsetzung ihres Rechtes auf ...



*Zu erwähnen ist, dass sich die Schweiz und Liechtenstein währenddessen aufgrund der Covid-19-Pandemie zeitweise im (Teil-)Lockdown befanden. Inwieweit die Massnahmen und Erfahrungen der Kinder und Jugendlichen das Ergebnis der Befragung beeinflusst haben, wurde jedoch nicht systematisch ausgewertet.

Recht auf Förderung und Wohlbefinden:

Weniger Leistungsdruck, mehr Freiräume!

Mit Blick auf Förderung und Wohlbefinden und die dazu abgefragten Aspekte des Zuhörens und der Zeit kann über die Lebensbereiche Familie, Schule und Freizeit hinweg eine positive Bilanz gezogen werden. In diesen drei Lebensbereichen geben die Kinder und Jugendlichen an, dass Erwachsene ihnen mehrheitlich zuhören und sich Zeit für sie nehmen. Für den Lebensbereich Wohnort fällt das Ergebnis dagegen deutlich tiefer aus. Mehr als ein Viertel der Kinder und Jugendlichen geben an, dass Erwachsene am Wohnort, zum Beispiel Politikerinnen und Politiker, nie oder selten zuhören (26 Prozent) und keine oder wenig Zeit für sie haben (31 Prozent). Hinsichtlich des sozioökonomischen Status zeigt sich ausserdem, dass Erwachsene Kindern und Jugendlichen, die von materieller Armut betroffen sind, in allen Lebensbereichen weniger häufig zuhören und seltener Zeit für sie haben.

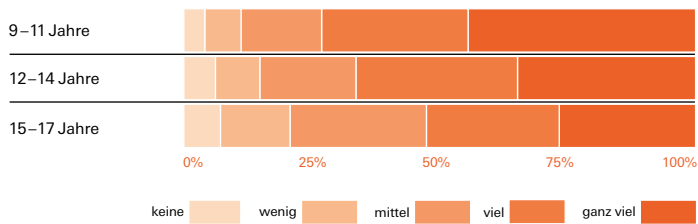
Bezogen auf die offen gestellte Frage, was sich ändern müsste, damit sich Kinder und Jugendliche in den jeweiligen Lebensbereichen wohler fühlen, wünschen sie sich vor allem: weniger Streit, weniger psychische und physische Gewalt (dazu gehört auch Mobbing), weniger Leistungsdruck, mehr Mitbestimmung und häufig auch eine Veränderung der räumlichen Gegebenheiten zu Hause, in der Schule und am Wohnort.

Insgesamt hat sich bei den Förderrechten und dem Wohlbefinden insbesondere in den Lebensbereichen Freizeit und Wohnort gezeigt, dass nicht alle Rechte vollumfänglich umgesetzt werden und Verbesserungen anzustreben sind. Fast jedem fünften Kind (17 Prozent) mangelt es an Freiräumen, wo es spielen, sich mit Freundinnen und Freunden treffen und oder

sich entspannen kann. Fast genauso viele (15 Prozent) meiden Orte aufgrund von Lärm, Schmutz oder Gewalt. Am Wohnort, also beispielsweise in der Gemeinde oder im Quartier, wünscht sich fast jedes vierte Kind (23 Prozent) mehr oder bessere Freizeitangebote sowie Spiel- und Freiräume. Damit ist es der meistgenannte Veränderungswunsch in diesem Lebensbereich.

Hast du unter der Woche Zeit, um dich zu erholen und zu entspannen?

N=1639



Des Weiteren zeigt die Studie, dass gut ein Drittel (36 Prozent) der Kinder und Jugendlichen unter der Woche nur über «mittel», «wenig» oder «gar keine» Zeit verfügen, um sich zu entspannen und zu erholen. Insbesondere die Fünfzehn- bis Siebzehnjährigen weisen hierbei tiefe Werte auf. Wenig Freizeit und zu hoher Leistungsdruck sind zudem die Hauptthemen, bei welchen sich die Kinder und Jugendlichen eine Veränderung wünschen.

Empfehlungen:

Die Studienergebnisse zeigen sehr deutlich, wie wichtig es aus Kinder- und Jugendperspektive ist, bestehende kinderfreundliche Lebensräume zu erhalten, neue zu schaffen und die Kinder und Jugendlichen stärker in die Planung und Gestaltung der Lebensräume einzubeziehen. Alle Akteurinnen und Akteure einer Gemeinde sind gefragt, genauer hinzusehen und ihre Verantwortung wahrzunehmen, um der Umsetzung der Kinderrechtskonvention diesbezüglich gebührend Rechnung zu tragen. Kinder und Jugendliche sollten dabei als Expertinnen und Experten für die für sie vorgesehenen Räume verstanden werden.

Es ist notwendig, dass alle Akteurinnen und Akteure ihre Bemühungen intensivieren, um die Problematik von Stress, Druck und zu wenig nichtverplanter Freizeit anzugehen und die bestehende Dynamik zu durchbrechen. Denn das Recht auf Freizeit und Erholung bedarf dringend einer besseren Umsetzung. Ausserdem sind Präventionsmassnahmen zur Förderung der physischen und psychischen Gesundheit besonders wichtig, um Kinder und Jugendliche in ihrer Resilienz und ihren persönlichen Ressourcen zu stärken. Dabei benötigen insbesondere die älteren Jugendlichen vermehrt Unterstützung.

Recht auf Schutz und gewaltfreies Aufwachsen:

Gewalt und Diskriminierung entgegenwirken!

Beim Recht auf Schutz und gewaltfreies Aufwachsen lässt sich hinsichtlich des Sicherheitsempfindens in allen Lebensbereichen eine positive Bilanz ziehen. Die Mehrheit der Kinder und Jugendlichen fühlt sich in Familie, Schule, Freizeit, Wohnort sicher oder sehr sicher. Am besten fallen dabei die Ergebnisse in den Lebensbereichen Familie und Freizeit aus. Bezogen auf die Schule geben jedoch immerhin fast 15 Prozent der Kinder und Jugendlichen an, sich nur mittelmässig bis gar nicht sicher zu fühlen und im Internet ist es sogar fast ein Drittel (32 Prozent).

Obwohl sich die Kinder und Jugendlichen grundsätzlich sicher fühlen, gehören Diskriminierung sowie Gewalt und Strafen innerhalb der Familie und im schulischen Kontext zum Alltag vieler Kinder und Jugendliche in der Schweiz und Liechtenstein sind in irgendeiner Form von Strafe und/oder Gewalt betroffen. Der Vergleich über die Lebensbereiche hinweg macht deutlich, dass Kinder und Jugendliche von Mitschülerinnen und -schülern am häufigsten physische (32 Prozent) und psychische (43 Prozent) Gewalt erfahren. Aber auch von den Eltern (physisch: 29 Prozent / psychisch: 24 Prozent) sowie Lehrerinnen und Lehrern (physisch: 3 Prozent / psychisch: 12 Prozent) erfahren Kinder und Jugendliche in der Schweiz und

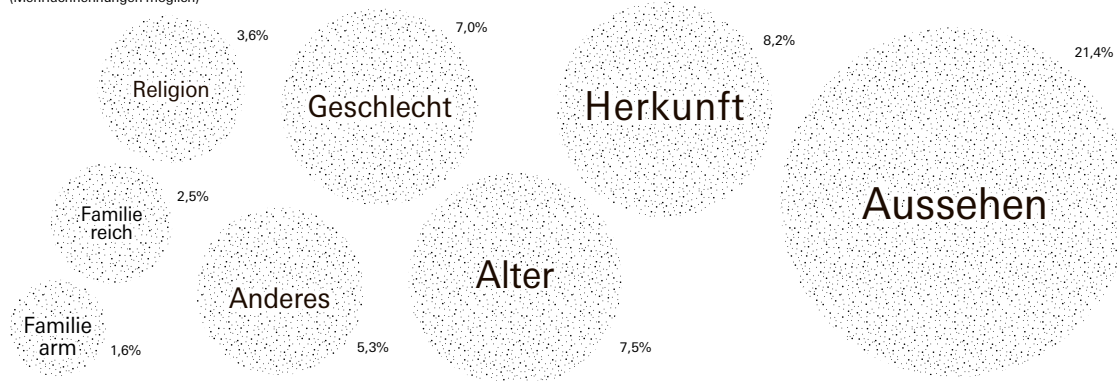
Liechtenstein beide Formen der Gewalt. Zudem erleben fast drei Viertel der Kinder und Jugendlichen in der Familie (65 Prozent) und gut ein Drittel der Kinder und Jugendlichen in der Schule (35 Prozent) Strafen. Von materieller Armut betroffene Kinder und Jugendliche sind dabei einem höheren Risiko ausgesetzt, Gewalt- und Straferfahrungen zu machen, als nicht arbeitsbetroffene Kinder und Jugendliche.

Neben den Themen Sicherheitsempfinden und Gewalterfahrung wurden die Kinder und Jugendlichen auch nach Diskriminierungserfahrungen gefragt. Mit 41 Prozent waren viele Kinder und Jugendliche in der Schweiz und Liechtenstein mindestens schon einmal Diskriminierung ausgesetzt. Dabei geben Mädchen mit 9 Prozent mehr als doppelt so häufig an, sich wegen ihres Geschlechts diskriminiert zu fühlen als Jungen (4 Prozent). Auch hier zeigt sich, dass das Risiko, Diskriminierungserfahrungen zu machen, steigt, je stärker ein Kind oder eine Jugendliche oder ein Jugendlicher von materieller Armut betroffen ist. Aber auch Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sind häufiger Diskriminierungen ausgesetzt. In den offenen Antworten der Studie verdeutlichen die Kinder und Jugendlichen immer wieder, dass es ihnen ein Kernanliegen ist, weniger Gewalt, Mobbing und Rassismus zu erfahren.

Gründe, warum ich mich schon einmal schlecht behandelt gefühlt habe:

N=1671

(Mehrfachnennungen möglich)



Empfehlungen:

Die Problematik, dass das Recht der Kinder und Jugendlichen auf gewaltfreies Aufwachsen in der Familie und der Schule nicht gewährleistet ist, muss dringend angegangen werden. Es ist wichtig, diesen Kinderrechtsverletzungen entgegenzuwirken und das Engagement diesbezüglich auf allen Ebenen zu intensivieren. Dazu benötigt es eine verbesserte Gesetzeslage, aber auch Massnahmen im Bereich des Monitorings, der Prävention, der Hilfeleistungen und Angebote.

Hinsichtlich des Schutzes vor Diskriminierung besteht auf vielen unterschiedlichen Ebenen Handlungsbedarf. Es sollte ein Augenmerk darauf liegen, individuelle wie auch strukturelle Diskriminierungen zu beseitigen, Präventionsmassnahmen und wirkungsvolle Angebote zu schaffen respektive auszubauen. Dabei sollten insbesondere die von materieller Armut betroffenen Kinder und Jugendlichen und jene mit Migrationshintergrund im Fokus stehen, da sie besonders tangiert sind.

*Der Migrationshintergrund wurde in der Umfrage nicht explizit erhoben. Wir beziehen uns bei diesen Aussagen jeweils auf jene Kinder und Jugendlichen, die keinen Schweizer oder Liechtensteinischen Pass besitzen.

Recht auf Mitsprache und Beteiligung:

Schule und Wohnort haben Nachholbedarf!

Bei den Mitsprache- und Entscheidungsmöglichkeiten der Kinder und Jugendlichen weisen insbesondere die Lebensbereiche Familie und Freizeit positive Werte auf. Die Lebensbereiche Schule und Wohnort, also die Gemeinde- und Quartiersebene, fallen dagegen durch geringe Werte auf. Während die Kinder und Jugendlichen in der Familie am häufigsten nach ihrer Meinung gefragt werden, gibt beinahe die Hälfte (46 Prozent) der Kinder und Jugendlichen an, an ihrem Wohnort selten oder nie nach ihrer Meinung gefragt zu werden. In den drei anderen Lebensbereichen bewegen sich diese Werte zwischen 8 und 13 Prozent. Hinzu kommt, dass fast ein Drittel der Kinder und Jugendlichen (30 Prozent) nicht wissen, an wen sie sich wenden müssten, wenn sie an ihrem Wohnort etwas verändern möchten. Dies steht in einem starken Kontrast dazu, dass in den offenen Antworten politische Mitsprache und Mitbestimmung als ganz zentrale Anliegen der befragten Kinder und Jugendlichen zur Sprache kommen. Von materieller Armut

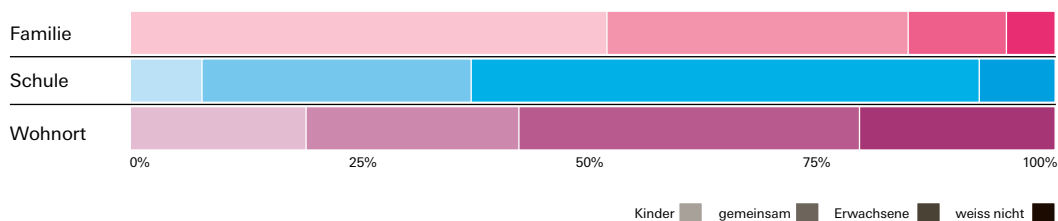
betroffene Kinder und Jugendliche werden im Schnitt durch alle Lebensbereiche hinweg von Erwachsenen weniger nach ihrer Meinung gefragt.

Blicken wir auf die Möglichkeiten der Kinder und Jugendlichen, zu zentralen Themen (mit-)entscheiden zu können, zeigt sich, dass in der Schule mehr als die Hälfte (55 Prozent) nicht in Entscheidungsprozesse miteinbezogen wird. In Anbetracht dessen, dass die Schule der Ort ist, an dem die Kinder erfahren sollen, ihre Meinungen und Überzeugungen kundzutun und zu partizipieren, wäre hier grundsätzlich ein höheres Ergebnis zu erwarten gewesen. Denn in den Lehrplänen ist der Aspekt, dass überfachliche Kompetenzen und vor allem die Meinungsbildung und Partizipation gezielt gefördert werden sollen, explizit verankert.

Es bleibt also festzuhalten, dass Partizipation vor allem in den Lebensbereichen Schule und Wohnort noch nicht ausreichend gelebt und umgesetzt wird und speziell die älteren Jugendlichen wenig Mitwirkungsmöglichkeiten sehen.

Zwei von drei Kindern dürfen in der Schule nicht mitentscheiden

Wer entscheidet?



Empfehlungen:

Es erscheint dringlich, die Partizipation von Kindern und Jugendlichen am Wohnort und im schulischen Kontext stärker voranzutreiben. Auf Gemeindeebene gilt es, Partizipation gesetzlich zu verankern, aber auch Informations- und Sensibilisierungsmassnahmen zu verstärken. Denn Partizipation als Recht eines jeden Kindes und Jugendlichen muss in der Gesellschaft gelebt werden, und es braucht Zeit, die entsprechende Haltung zu entwickeln.

Es geht darum, sich verstärkt darum zu bemühen, dass alle Kinder und Jugendlichen – insbesondere auch armutsbetroffene – an allen sie betreffenden Planungs-, Entscheidungs- und Umsetzungsprozessen teilhaben können. Dies gilt vor allem für die Schule und auf Gemeindeebene. Zudem müssen Fachpersonen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, über Wissen verfügen, wie Partizipation wirksam gefördert, verankert und allen ermöglicht werden kann.

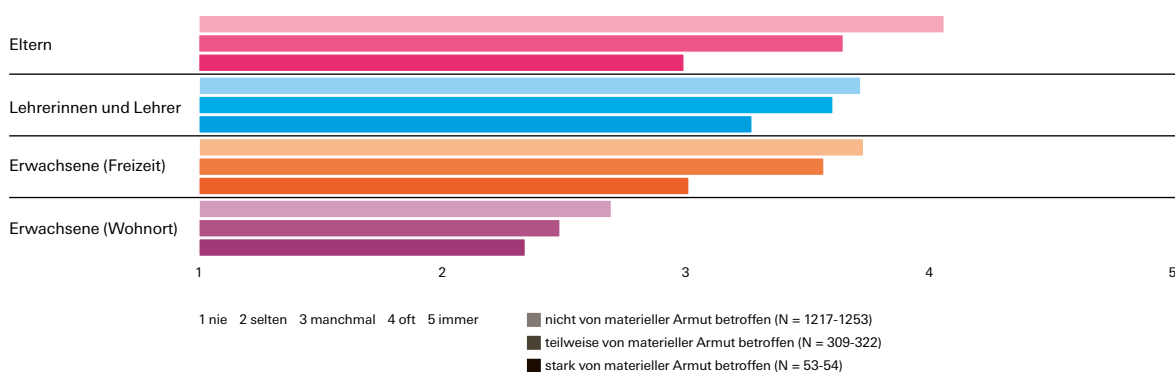
Vulnerable Kinder und Jugendliche: Für gleiche Chancen sorgen!

Auch wenn die Kinderrechte-Studie keinen expliziten Fokus auf die Untersuchung der Situation von arbeitslosen Kindern und Jugendlichen legte, zeigt sich, dass insbesondere von materieller Armut betroffene Kinder und Jugendliche ihre Rechte nur bedingt wahrnehmen können und nicht über dieselben Möglichkeiten und Chancen verfügen wie andere Kinder und Jugendliche in der Schweiz und Liechtenstein. Diese Erkenntnis zieht sich durch alle Lebensbereiche und Rechte hindurch. So fühlen sich von materieller Armut betroffene Kinder und Jugendliche in allen Lebensbereichen weniger sicher, werden nur in geringerem Masse in Entscheidungsprozesse einbezogen, erleben häufiger Diskriminierung und machen in der Familie mehr Gewalterfahrungen. Ausserdem verfügen sie im Durchschnitt über weniger Bezugspersonen, an die sie sich mit Problemen und Geheimnissen wenden können.

Fehlende materielle Absicherung bedeutet für Kinder und Jugendliche folglich nicht nur eine Beschneidung ihres Rechtes auf einen angemessenen Lebensstandard, sondern behindert sie weitreichend darin, ihre Rechte wahrzunehmen. Aus Kinderrechtsperspektive ist dieses Ergebnis besonders besorgniserregend. Es braucht daher verstärkt Massnahmen, damit diese Kinder und Jugendlichen nicht systematisch benachteiligt werden und auch ihre Rechte gewährleistet sind. Es ist daher zentral, dass in der Schweiz und Liechtenstein konsequent gegen Kinderarmut vorgegangen wird.

Hier exemplarisch an einer Fragestellung zum Recht auf Beteiligung aufgezeigt:

Fragen die Menschen in deinem Umfeld nach deiner Meinung?



Empfehlungen:

Im Sinne der Nicht-Diskriminierung und Chancengerechtigkeit muss auf das Thema Kinderarmut ein stärkerer Fokus gelegt werden und die Herausforderung mit einem ganzheitlichen und multidimensionalen Ansatz angegangen werden. Es braucht geeignete Massnahmen, um betroffenen Kindern und Jugendlichen vermehrte und stärkere Unterstützung bereitzustellen zu können, damit ihre Rechte gewährleistet sind.

Veränderungsvorschläge der Kinder und Jugendlichen

Die Kinder und Jugendlichen äusserten sich auch dazu, welche Veränderungen und Verbesserungen nötig sind, um die Umsetzung der Kinderrechte in den einzelnen Lebensbereichen, aber auch gesamtheitlich zu verbessern. Hier die kategorisierten Antworten der Kinder und Jugendlichen:

**Mehr politische
Mitbestimmung**

Mehr Sicherheit im Verkehr

Finanzielle Unterstützung

Keine Drogen

Mehr Sicherheit im öffentlichen Raum

Sichererer Umgang mit dem Internet

Besserer Umweltschutz

Mehr Freizeit,
weniger Druck

Weniger Gewalt
und Rassismus

**Eine andere
Schulsituation**



**Mehr Plätze
und Angebote**

**Eine gerechtere
Gesellschaft**

Impressum

Die Kinderrechte-Studie Schweiz und Liechtenstein 2021 wurde von Bettina Brüscheiler (Dozentin, IFSAR), Gianluca Cavelti (Wissenschaftlicher Assistent, IFSAR), Mandy Falkenreck (Dozentin, IFSAR), Sybille Gloor (Child Rights Advocacy, UNICEF), Nicole Hinder (Bereichsleiterin Child Rights Advocacy, UNICEF), Tobias Kindler (Wissenschaftlicher Mitarbeiter, IFSAR) und Désirée Zaugg (Child Rights Advocacy, UNICEF) verfasst.

Herausgegeben wurde sie gemeinsam von UNICEF Schweiz und Liechtenstein und dem Institut für Soziale Arbeit und Räume (IFSAR) des Departements der Sozialen Arbeit der OST – Ostschweizer Fachhochschule.

© Komitee für UNICEF Schweiz und Liechtenstein / OST – Ostschweizer Fachhochschule

Originalsprache: Deutsch

Übersetzt: Französisch, Italienisch

Konzept und Gestaltung: Büro Haeberli, Zürich

Lektorat: Andrea Kippe

Konzept und Gestaltung Fragebogen: Superdot – visualizing complexity, Basel

Komitee für UNICEF Schweiz und Liechtenstein

Pfingstweidstrasse 10, 8005 Zürich

+41 44 317 22 66

info@unicef.ch

IFSAR Institut für Soziale Arbeit und Räume

Departement Soziale Arbeit, OST – Ostschweizer Fachhochschule

Rosenbergstrasse 59, 9001 St.Gallen

+41 58 257 18 80

ifsar@ost.ch

Zitationsvorschlag

Brüscheiler, Bettina; Cavelti, Gianluca; Falkenreck, Mandy; Gloor, Sybille; Hinder, Nicole; Kindler, Tobias; Zaugg, Désirée (2021): Kinderrechte aus Kinder- und Jugendsicht.

Kinderrechte-Studie Schweiz und Liechtenstein 2021. Herausgegeben von UNICEF Schweiz und Liechtenstein und dem Institut für Soziale Arbeit und Räume, Departement Soziale Arbeit der OST – Ostschweizer Fachhochschule. Zürich und St. Gallen.